Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1266

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Städt. Sparkasse, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Nachlieferung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Humor", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.56 M., zuzüglich 45 Pf. Bringerlohn, Postbezug 1.86 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12761. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachsendung 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 221 | Dresden, Dienstag, den 22. September 1931 | 42. Jahrgang

Die Welt in Aengsten

Rede Snowdens im Unterhaus

S. **London, 21. September.** (Eig. Drahtbericht.)

Schatzkanzler Snowden brachte am Montag nachmittag im Unterhaus das Gesetz über die Aufhebung des Goldstandards ein. Er erklärte, daß die Einfuhr und Ausfuhr von Gold, das zum Verkauf z. B. von Südafrika nach London käme, nicht berührt würde. Der Rückzug von Gold, das die Bank von England von ausländischen Regierungen oder ausländischen Zentralbanken zur Aufbewahrung erhalten habe, werde ebenfalls nicht behindert. Was sich geändert habe, sei einzig das Recht, von der Bank von England Gold in Barren wegzunehmen.

Der Schatzkanzler erwähnte die Schwierigkeiten in Deutschland, sodann das Mißtrauen, das die Sozialkasten im englischen Budget im Ausland hervorgerufen haben. Zur politischen Unsicherheit hätte, so sagte der Schatzkanzler, die sensationelle Berichterstattung über die Ereignisse in der englischen Flotte wesentlich beigetragen.

Die Abzüge in den letzten Tagen hätten ein übriges getan. Diese seien in den vergangenen zwei Monaten auf 200 Millionen Pfund gestiegen,

wozu noch 70 Millionen Pfund in Deutschland eingefrorener Kredite kämen. Am Freitag habe die Regierung sowohl in Washington als auch in Paris vertraulich angefragt, ob die beiden Regierungen bereit seien, weitere Kredite zur Verfügung zu stellen. „In beiden Fällen waren die Antworten freundlich, aber boten keine Aussicht auf Hilfe in dem Umfange, wie es notwendig gewesen wäre." Die massenhaften Anforderungen von Devisen von Neuyork und Paris sowie der Abfluß von Gold nach Holland hätten die Bank in eine unmögliche Lage versetzt.

England, so fuhr der Schatzkanzler fort, sei bereit, eine Konferenz über die gleichmäßige Verteilung des Goldes einzuberufen, aber die englische Regierung sei sich bewußt, daß andere Mächte (womit Frankreich und Amerika gemeint sind) dies nicht begrüßen würden. Eine solche Konferenz wäre zum Scheitern verurteilt. **Unter den Investoren der ganzen Welt sei eine Panik ausgebrochen.** Die ganze Welt scheine darauf versessen zu sein, Werte gegen bar zu verkaufen. Diese Entwicklung müsse über kurz oder lang zum **Zusammenbruch des Weltkreditsystems führen.** Angesichts dieser Panik müsse England zur Selbsthilfe greifen.

Snowden gab zu, daß die internationale Wirkung der neuen englischen Währungspolitik ernst sein werde. „Ich sehe keinen Grund, warum das Pfund Sterling zu einem bedeutenden Maße entwertet werden soll, vorausgesetzt, daß die Finanzen des Landes richtig gehandhabt werden. Mit balanciertem Budget besteht keine Gefahr, daß man zur Notenpresse wird greifen müssen. Wir können der Lage ruhig begegnen", schloß Snowden.

Der Führer der Opposition, Henderson, erklärte, daß die Labour Party keine Opposition gegen das Gesetz erheben werde, falls gewisse Fragen befriedigend beantwortet würden. Diese Fragen bezögen sich darauf, ob die Regierung nötigenfalls bereit sei, **den Kapitalexport zu unterbinden** und die Steigerung der Preise zu verhindern. Tatsächlich hat der Kapitalexport bei der Herbeiführung der Krise eine weit größere Rolle gespielt, als von offizieller Seite zugegeben wird. Ferner ist der Preis für Weizen und Baumwolle in Liverpool am Montag sprunghaft gestiegen. Der Schatzkanzler nickte bei den Fragen Hendersons mit dem Kopfe, um dessen weitere Ausführungen nicht zu unterbrechen. Es ist aber eine ausführlichere Erklärung der Regierung über diese Punkte zu erwarten, die sicher positiv sein wird und der Opposition erlauben wird, für das Gesetz zu stimmen.

•

Das Parlament stimmt zu

S. **London, 21. September.** (Eig. Funkspr.)

Das Unterhaus nahm am Montag abend das von der Regierung vorgelegte Ermächtigungsgesetz (das die Aufhebung der Goldeinlösungspflicht der Bank von England vorsieht; d. Red. der Dresdn. Volksztg.) **in zweiter Lesung mit 275 gegen 112 Stimmen an.** Das Haus konstituierte sich dann als Ausschuß zur Erörterung der einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs. Die Gesetzesvorlage wurde schließlich in dritter Lesung in einfacher Abstimmung verabschiedet.

Das Oberhaus nahm das Ermächtigungsgesetz gleichfalls an. Daraufhin unterzeichnete es der König, so daß das Gesetz noch am Montag abend in Kraft trat.

Ein weißer Rabe

Peter Reinhold fordert Stärkung der Massenkaufkraft

Unsere sogenannten „Wirtschaftsführer", angefangen bei dem kleinen Fabrikdirektor Wittke, bis zu den ganz großen mit den vielen hunderttausend Mark im Jahre vom Schlage der Reusch, Vögler usw., wollen bekanntlich die deutsche Wirtschaftsnot vor allem durch die Senkung der Löhne heilen. Dabei denken die Herrschaften natürlich nicht daran, das Nötige zu tun, um die Preise entsprechend zu senken. Die Löhne sollen ja eben gerade deswegen herunter, damit sie aus ihrem viel zu sehr vergrößerten, nur mangelhaft beschäftigten Betrieb noch schöne Profite herausholen können. So weit vermögen die Herrschaften nicht zu denken, um einzusehen, daß der Lohnabbau eine weitere Schrumpfung des Absatzes und infolgedessen erst recht Unrentabilität der Betriebe zur Folge haben muß. Wir haben es bei diesen „Wirtschaftsführern", wie sich immer wieder zeigt, mit einer Gesellschaft von unbeschränkter Borniertheit zu tun, die alles Zeug dazu hat, die deutsche Wirtschaft immer tiefer in den Abgrund hineingleiten zu lassen, nicht weniger gefährlich für unser Volk wie einst Wilhelm II., der von herrlichen Zeiten sprach und dann unser Volk in den Weltkrieg hineinführte.

In der Vossischen Zeitung beschäftigt sich jetzt der frühere Reichs- und sächsische Finanzminister Peter Reinhold mit dem Problem, wie der deutschen Wirtschaft aufzuhelfen sei. Er wendet sich mit erfreulicher Entschiedenheit gegen die Bestrebungen, die darauf hinzielen, die Reallöhne der deutschen Arbeiterschaft zu senken. Dabei führt er unter anderem folgendes aus:

Denn wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen den Gedanken, mit dem manche Kreise spielen, daß die Senkung der Löhne das Zaubermittel darstellt, durch das Deutschland zu sanieren ist. Gewiß gibt es einige Gebiete — wir nennen den Baumarkt —, wo überhöhte Tariflöhne ebenso beseitigt werden müssen, wie die preußische Regierung mit Recht die unverhältnismäßig hochgetriebenen Gehälter einzelner Bürgermeister und Kommunalbeamten gekürzt hat. Aber, von Ausnahmen abgesehen, ist aus wirtschaftlichen wie aus sozialen Gründen eine weitere Herabsetzung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands unerträglich, und wir wüßten keinen Zeitpunkt, der schlechter gewählt wäre, um den Machtkampf zur Erzwingung einer anderen Aufteilung des Sozialproduktes auszutragen (um den es sich in Wahrheit ja handelt, wenn man die Reallöhne senken will), als den jetzigen, in dem die mangelnde Ausnutzungsmöglichkeit der Kapazität unserer Wirtschaft grade durch den erzwungenen Unterkonsum der Massen bedingt ist. Auch darf man bei der Behandlung des Lohnproblems nicht an der Frage vorübergehen, daß für die Bildung des Kapitals, soweit es der deutschen Wirtschaft zugute gekommen und nicht wegen der besonderen Lage Deutschlands ins Ausland gegangen ist, der Sparpfennig der breiten Massen einen weit größeren Anteil gehabt hat, als nach den theoretischen Voraussetzungen der Nationalökonomie zu erwarten gewesen wäre.

Die Senkung der Preise und die Herabminderung der Lebenshaltungskosten müssen deshalb das Primäre sein: und erst nach einem gewissen, allerdings kurz bemessenen Zwischenraum muß ihnen auf Grund eines von vornherein festgelegten Planes, der der Wirtschaft die Kalkulationsmöglichkeit für den zukünftigen Zustand gibt, eine entsprechende Senkung der Löhne folgen.

Wenn die ganze Aktion gelingen und zu einer Besserung unserer Wirtschaftslage führen soll, ist eine schnelle und gleichzeitige Inkraftsetzung aller geplanten Maßnahmen eine Grundbedingung. Sinkende Preise erschweren, gesenkte Preise beleben das Geschäft: wenn die Deflation deshalb ein Heilmittel und kein Gift für die deutsche Wirtschaft sein soll, muß sie durch die Notverordnung der Regierung planvoll gefördert, aber gleichzeitig auch zum Abschluß gebracht werden.

Wir sind selbstverständlich nicht der Ansicht, daß die Löhne der Bauarbeiter überhöht sind. Bei Berücksichtigung der Lohnhöhe für die Bauarbeiter muß doch in Betracht gezogen werden, daß die Bauarbeiter, auch wenn die Konjunktur günstig ist, einen großen Teil des Jahres arbeitslos sind. Im übrigen aber stechen die Ausführungen Reinholds, der selbst sehr stark an industriellen Unternehmungen beteiligt ist, sehr vorteilhaft von den Weisheiten seiner Kollegen ab. Von den Vertretern der Arbeiterschaft wurde unendlich oft ausgesprochen, daß die Arbeiterschaft gegen eine Senkung der Nominallöhne nichts, aber auch gar nichts einzuwenden hat, wenn die notwendige Senkung der Preise stattfindet, auf die wir bisher ja vergeblich warteten. Allerdings würde es nicht genügen, wenn die Lebenshaltungskosten nur in demselben Maße sinken würden wie die Löhne. Voraussetzung für die Ueberwindung der Krise ist eine Stärkung der Massenkaufkraft, die Preise müßten mehr sinken als die Löhne, aber wir erleben in Deutschland das Gegenteil, und so dürfen wir uns nicht darüber wundern, daß Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit sich immer weiter ausbreiten.

Gedruckter Leerlauf

Jugend, privates Dasein und bürgerliche Presse

Ab und zu kann man in der bürgerlichen Presse besorgte Artikel über die Jugend lesen. Umfragen werden veranstaltet, Vertreter verschiedener Altersklassen und verschiedener sozialer Schichten kommen zum Wort, um der neugierigen Leserwelt zu sagen, wie man heute zwischen zwanzig und fünfundzwanzig fühlt, denkt, leidet. Aber wie manche andere soziale Angelegenheiten, so vereinfachen sich heute auch Jugendfragen in einer geradezu unheimlichen Weise. Das Schicksal der Jungen, ihr bißchen Lebensglück hängen von demselben Faktor ab, um den das Denken der großen Massen kreist: Arbeit, Arbeit, Arbeit! Man schaffe dieser Jugend — die heute grausamere Lebensbedingungen vorfindet, als irgendwelche Generation früherer Jahrzehnte — man schaffte dieser Jugend ihren Arbeitsplatz, und alle Predigten über Staatsbewußtsein, positive Gesinnung usw. haben sich erledigt. Da konnte man kürzlich im Dresdner Anzeiger über die Not der Jugend gutgemeinte Betrachtungen lesen, in denen es zum Schluß hieß:

Man appelliert, wie gesagt, an den Idealismus der Jugend, man ruft ihn an. Aber man denkt dabei an den Idealismus, der zum Teil die Parteiprogramme ausmacht. Und es wird auch von der Jugend übersehen, daß es im Grunde gar nicht — nach allem, was sie erlebt haben — darauf ankommen kann, einer Partei zu dienen, sondern zu leben, sich menschlich zu sammeln und das Private daraus aufzubauen. Alles andere entsteht dann allein daraus. Aber man hütet sich, darauf hinzuweisen — das politische Geschäft würde verdorben.

Das mag ja für jene Parteien gelten, denen die Jugend zur Staffage gut dünkt oder die jugendliche Unerfahrenheit und Verzweiflung für Straßenkrakeele mißbrauchen. Wie jedoch denkt man sich das „menschlich sammeln", was heißt das mit dem „Privaten", aus dem „alles andere allein entsteht"? Ein großartiges Rezept, dieser Satz vom privaten Dasein. Erledigt hat sich alle Politik und der damit verbundene „Parteiismus". Nur ein Aber ist dabei: zur menschlichen Sammlung, zum privaten Dasein gehören Beruf, Stellung Arbeit, Existenzminimum. Die großen Nationen jedoch zählen an die zwanzig Millionen Arbeitslose, die nach Arbeit, Existenz und anderen Dingen des „Privaten" schreien — und darum dreht sich die Politik. Hier klafft der Gegensatz, hier stoßen die Interessen der verschiedenen Schichten aufeinander. Tja, geliebte Volksgemeinschaftsphraseure, deshalb gibt es Parteien, Parteipolitik und Klassenkampf! Daß man solche elementare Zusammenhänge in diesen Tagen der Not bürgerlichen Blättern noch erklären muß, macht die Politik noch verkrampfter und öder, als sie zu sein brauchte.

Wir haben hier nicht eine beliebige, sondern eine typische Blüte herausgegriffen, denn solch hilfloses Gestammel findet sich in bürgerlichen Blättern oft. Künftige Geschichtsforscher werden solche Zitate einmal als Zeichen zu werten haben, wie hilflos, unschöpferisch und lernunfähig diese bürgerliche Welt in der Zeit der großen Weltkrise dahintaumelte. Die kapitalistische Presse sollte sich endlich einmal darüber klar sein, daß alle sittlichen und sozialen Probleme gegenwärtig mehr als je wirtschaftliche sind. Was die Generalanzeiger-Presse sonst Politik nennt, ist meist kaum der Rede wert. Herr Curtius mag gegenwärtig eine recht umstrittene Figur sein, aber wer als nächster deutscher Außenminister figurieren wird, ist belanglos neben der Frage, wie die Wirtschaft der Zukunft aussehen soll. Der Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin mag sich zu einem interessanten Ereignis auswachsen, aber wichtiger dünkt Millionen und Abermillionen, ob aus den Nöten dieser Zeit wenigstens die 40-Stunden-Woche geboren werden wird oder nicht. Wenn in Genf einige Minister vernünftig reden, so mag das besser sein als umgekehrt, aber brennender ist die staatliche Bankenleitung, die Sicherung der Sparer durch staatliche Kontrolle jener Kreditinstitute, für die das Reich garantiert hat.

Von politischen Tagessensationen, Diplomatenschmus,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310922/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG